

Freie Märkte als beste Resilienz-Strategie



RICHARD EBELING * • März 2020

Zusammenfassung

- Es besteht die ernste Gefahr, dass längerfristig die falschen Lehren aus der aktuellen epidemiologischen Notlage gezogen werden. Es wird Versuche geben, die Verzögerungen in der Kommunikation über die Existenz und die potenziellen Gefahren des Coronavirus und andererseits das Fehlen breiter Tests auf ein angebliches Scheitern des Marktes zu schieben. In Wahrheit ist aber das Scheitern einer Diktatur und staatliche Überregulierung für das Ausmass der Krise verantwortlich zu machen.
- So behinderten Regulatoren etwa die lokale und dezentrale Entwicklung und den Einsatz von Coronavirus-Testtools, da nichts ohne die Bewilligung der staatlichen Gesundheitsbehörden getan werden durfte. Die regulatorischen Hürden, die Pharmaunternehmen und andere Hersteller von medizinischen und gesundheitsbezogenen Produkten – etwa zur Bewilligung von Produkten – überwinden müssen, führen dazu, dass die Anreize verringert, die Kosten erhöht und der Kreis derjenigen eingengt wird, die sonst in der Lage wären, Forschung zu betreiben sowie Experimente zur Herstellung von medizinischen Hilfsmitteln durchzuführen, die Leben retten könnten.
- Eine sehr schlechte Lektion aus der Coronavirus-Episode wäre auch, die aktuellen Störungen in den internationalen Lieferketten zum Anlass zu nehmen, durch eine protektionistische Politik die universellen Vorteile zu beseitigen, die wir alle überall auf dem Planeten aus der Teilnahme am weltweiten System der Arbeitsteilung ziehen.
- Eine Erhöhung der Staatsverschuldung und der Staatsausgaben trägt nicht dazu bei, die Aufrechterhaltung der Produktion und der Beschäftigung zu «stimulieren», wenn die Arbeitnehmer gleichzeitig unter Quarantäne gestellt werden, die Fabriken teilweise oder ganz stillgelegt sind und die Güter daher nicht in ihrem üblichen oder veränderten Nachfragemuster angeboten werden können. Auch führt eine ultraexpansive Geldpolitik in einem solchen Umfeld der einbrechenden Produktion zu einer erhöhten Gefahr der Inflation.

* Der Autor ist Professor für Ethik und freies Unternehmertum an der Universität The Citadel (USA) in Charleston und Mitglied des Akademischen Beirats des Liberalen Instituts.

Bedeutende Ereignisse hinterlassen in der Regel starke Erinnerungen bei denen, die sie erlebt haben. Diese Erinnerungen werden oft an spätere Generationen in Form von historischen Interpretationen weitergegeben, die sich um das «Was» und das «Warum» dieser Vorkommnisse drehen. Dies war so bei der Großen Depression, dem Zweiten Weltkrieg, dem Terroranschlag vom 11. September 2001 in den USA, der Finanzkrise von 2008-2009 und wird zweifellos auch bei der Coronavirus-Pandemie von 2020 der Fall sein.

Ein sehr wichtiger Aspekt dieser Interpretationen vergangener Ereignisse sind die Lehren, die aus der Rolle des Staates in der freien Gesellschaft gezogen werden. Wir sind zwar weit davon entfernt, dass sich der Staub in dieser jüngsten weltweiten Gesundheitskrise legt. Aber selbst angesichts der aktuellen Dringlichkeit, Wege zu finden, um die Auswirkungen des Coronavirus auf das menschliche Leben und Wohlbefinden zu minimieren, zeigen sich bereits in der Gegenwart Konturen, wie diese Krise in der Zukunft interpretiert werden könnte. Dabei gilt es jetzt schon, inkorrekte Einschätzungen zurückzuweisen, damit später keine falschen Lehren aus der aktuellen Krise gezogen werden.

Falsche Lektionen aus der Krise

Eine dieser Schlussfolgerungen, die zweifellos gezogen werden wird, ist, dass die Krise einmal mehr die Grenzen freier Märkte und die Notwendigkeit einer aktivistischen und zentralisierten staatlichen Aufsicht, Kontrolle und Führung gezeigt habe. Der Umgang mit einem Gesundheitsproblem wie dem Coronavirus könne nicht den Entscheidungen oder dem Ermessen von Einzelpersonen oder lokalen Regierungen überlassen werden. In einer solchen Krise müsse das Gesundheitsmanagement durch zentrale Planung von Experten konzipiert und gelenkt werden.

Eine zweite angebliche Lehre, die von einigen ins Feld geführt werden dürfte, ist die behauptete Gefahr und Unerwünschtheit einer internationalen Abhängigkeit hinsichtlich vieler Güter und Dienstleistungen, die von Gemeinschaften und Ländern benötigt werden. Deren Versorgung könne während einer Weltgesundheitskrise wie derjenigen des Coronavirus in Mitleidenschaft gezogen werden. Dies aufgrund der Ausgestaltung von Lieferketten, die im Rahmen des gegenwärtigen globalen Systems der Arbeitsteilung nationale Grenzen überschreiten. Es sei besser, dass wichtige und lebenswichtige Ressourcen und die Herstellung solcher Güter im Namen des «nationalen Interesses» im Inland produziert und angeboten werden. Einige Konservative weisen bereits jetzt darauf hin, dass die gegenwärtige Gesundheitskrise die Notwendigkeit einer «grösseren wirtschaftlichen Unabhängigkeit» zeige.

Und drittens dürfte in einem breiten politischen und ideologischen Spektrum der Ruf nach einer aktivistischen Finanz- und Geldpolitik laut werden, weil man damit die negativen Auswirkungen der Finanz-, Produktions- und Beschäftigungsrezession, die das Coronavirus weltweit verbreitet, mildern oder stabilisieren könne. Die Märkte dürften nicht sich selbst überlassen werden, weil dies über die tragischen Verluste an Menschenleben durch die Pandemie hinaus Schäden für die Gesellschaft zur Folge

habe. Es wird heissen, dass noch niedrigere Zinssätze und grössere Geld- und Kreditmengen erforderlich seien, um Investitionen und Produktion zu fördern, während ein noch grösseres Tätigwerden der Politik in Form von neuen Staatsschulden und Staatsausgaben unerlässlich seien, um Unternehmen am Leben zu erhalten. Einmal mehr dürften staatliche Investitionsanreize und die Steuerung der Gesamtnachfrage als die bewährten keynesianischen Heilmittel gegen die wirtschaftlichen Übel der Gesellschaft angesehen werden.

Staatsversagen in China und im Westen im Kampf gegen das Virus

Angesichts dieser wahrscheinlichen und sich abzeichnenden Interpretationen der Coronavirus-Pandemie ist es zunächst einmal wichtig zu erkennen, dass einerseits Verzögerungen in der effektiven Kommunikation über die Existenz und die potenziellen Gefahren des Virus und andererseits das Fehlen breiter Tests in Wahrheit nicht auf das Scheitern eines freien Marktes zurückzuführen waren, sondern auf ein Scheitern der zentralen Planung und Kontrolle des Staates.

Die Medien waren voll von Geschichten darüber, wie frühe Hinweise auf das Virus und seine potentiellen Gefahren von der diktatorischen Regierung Chinas unterdrückt wurden. Selbst auf Chinas hochgradig zensierten und kontrollierten sozialen Medien ging diese Realität viral, als bekannt wurde, dass einer der Ärzte, der über die Entdeckung zu informieren versuchte, von der chinesischen Regierung zum Schweigen aufgefordert wurde und dann am Ende angeblich selbst am Coronavirus starb.

In typischer Manier hat die chinesische Regierung versucht, den Präsidenten Xi Jinping vor jeglicher Kritik zu schützen, wonach er für eine Politik verantwortlich sei, die eine frühere Reaktion auf die Pandemie verzögert habe. Vielmehr wurden Geschichten darüber erfunden, wie Präsident Xi «der Zeit voraus» gewesen sei: Er habe das Land «gerettet», indem er die landesweite Abriegelung befohlen und mit Bravour durch die medizinische Notlage geführt habe. Auch wurde behauptet, dass in Wahrheit das US-Militär daran schuld sei, dessen Personal bei einem Besuch im Pandemie-Epizentrum Wuhan den Virus nach China gebracht habe, um die stolze chinesische Nation in ihre Schranken zu weisen und die amerikanische Hegemonie weiterhin zu sichern. Tatsache ist jedoch, dass chinesische Wissenschaftler seit Jahren vor den Risiken neuer Fledermaus-bezogener Coronavirus-Ausbrüche in China gewarnt hatten.

Im Westen waren die zentralen Planungssysteme des Gesundheitswesens trotz Hunderten von Beamten schlecht vorbereitet und verhinderten viele der möglichen frühzeitigen Reaktionen auf das Virus. Dies aufgrund der starren «Top-down»-Regeln und -Verfahren, die von den Regulatoren eingeführt wurden. Diese behinderten die lokale und dezentrale Entwicklung und den Einsatz von Coronavirus-Testtools, da nichts ohne die Genehmigung und Erlaubnis der staatlichen Gesundheitsbehörden getan werden durfte.

Als einige Anbieter im Gesundheitswesen versuchten, ihre eigenen Testmethoden und Geräte einzusetzen, um festzustellen, wer und in welchem Umfang sich das

Virus in ihrem Gebiet verbreitet haben könnte, wurde ihnen mitgeteilt, sie hätten gefälligst auf Testgeräte zu warten, die den Standards der Regulierungsbehörden genügten und ihnen dann zur Verfügung gestellt würden.

Doch anstatt den zentralisierten Bewilligungsprozess für die Entwicklung und Anwendung von Krankheitstests in Frage zu stellen, dürfte als Lehre der Krise lediglich gefordert werden, dass die Regierung «flexiblere» Regeln und Verfahren zwecks besserer Zusammenarbeit zwischen Zentralorgan und lokalen Gesundheitseinrichtungen einzuführen habe, um die gegenwärtige und künftige Krisen dieser Art bewältigen zu können.

Staatliche Regulierung vs. marktwirtschaftliches Entdeckungsverfahren

Die Möglichkeit, dass die Einführung und Kontrolle von Krankheitstests und Heilmittel dem privaten, wettbewerbsorientierten Markt überlassen werden könnte, scheint in der Debatte nicht einmal in Betracht gezogen zu werden. Überall wird potentiell «Marktversagen» gewittert, während mögliches «Staatsversagen» lediglich als noch zu korrigierende Nebensächlichkeit auf dem Weg zu einer optimalen politischen Aufsicht über das Gesundheitswesen abgetan wird.

Wie aber der Ökonom Friedrich August von Hayek (1899-1992) vor mehr als einem halben Jahrhundert argumentierte, ist der Wettbewerb ein Entdeckungsverfahren, wodurch Einzelpersonen und Unternehmen nicht nur die Möglichkeit und die Anreize erhalten, Neues und Besseres zu entdecken, sondern auch herauszufinden, was überhaupt eine Lösung auf Herausforderungen sein könnte. Wir können nicht wissen, was die beste Strategie ist, bis ein Wettbewerbsprozess zugelassen wird. Nur in einem Umfeld der wirtschaftlichen Freiheit und der Konkurrenz haben Individuen die Möglichkeit, herauszufinden, wozu sie wirklich in der Lage sind. Nur in einem solchen Umfeld entstehen auch in einer Krise rasch dringend benötigte Innovationen.

Die regulatorischen Hürden, die Pharmaunternehmen und andere Hersteller von medizinischen und gesundheitsbezogenen Produkten – etwa zur Bewilligung von Produkten – überwinden müssen, führen dazu, dass die Anreize verringert, die Kosten erhöht und der Kreis derjenigen eingeengt wird, die sonst bereit und in der Lage wären, Forschung zu betreiben sowie Experimente zur Herstellung von Arzneimitteln und medizinisch-bezogenen Produkten durchzuführen, die Leben retten oder verbessern könnten.

Der übliche Einwand dagegen ist, dass die Sicherheit der Verbraucher vor schlecht geprüften und hastig vermarkteten gesundheitsbezogenen Produkten aus reinem Profitstreben vernachlässigt würde. Es brauche daher staatliche Bewilligungen und Aufsichtsorgane. Doch hält dieses Argument einer näheren Betrachtung stand?

Die Anreize selbstregulierter Märkte

Auch ohne direkte Staatsbeteiligung ist Regulierung eine Tatsache des zivilisierten Lebens. Reguliert wird beispielsweise durch Verträge, Verhaltenskodizes, ethische Normen, bewährte Praktiken, Industriestandards und Handelsgerichte. Regulierung bedeutet, nach Regeln zu handeln. Sie kann auch bedeuten, Ordnung oder Methode in einen Prozess zu bringen. So verstanden, gibt es wenig bis gar nichts, was wir tun, was nicht nach «Vorschrift» geschieht – sowohl als Einzelne als auch im Verbund mit anderen.

Verbände des Privatsektors, Unternehmen und Arenen der Marktinteraktion haben alle ihre eigenen, von den Teilnehmern geschaffenen Vorschriften, um zu erleichtern und zu koordinieren, wie und wofür die Teilnehmer miteinander interagieren. Damit lassen sich reibungslosere und besser vorhersehbare Wege zum gegenseitigen Nutzen finden, aber auch das Vertrauen jedes Marktteilnehmers in das Verhalten anderer und in die Verfahren stärken, die den Handel ermöglichen.

Viele dieser Regeln und Verfahren, die «regulieren», wie Menschen Dinge tun – für welche Zwecke auch immer –, und die über den Grad der Zuverlässigkeit und des Vertrauens in das Verhalten anderer Marktakteure bestimmen, sind historisch gesehen schon vor der modernen Ära entstanden, die von staatlicher Regulierung geprägt ist. Nicht selten werden diese parallel zu oder unabhängig von Regulierung und Verfahren fortgeführt, die vom Staat verhängt wurden.

Kein Pharma- oder Medizintechnikunternehmen kann auf dem Markt weiterhin bestehen, wenn es seine Kunden tötet, seine Produkte verfälscht oder absichtlich irreführende Versprechungen oder Garantien abgibt. Hollywood-Filme mögen ihre Millionen damit verdienen, dass sie einige Pharmaunternehmen als mörderische und profitgierige Monster darstellen. Aber so können echte, marktbasierende Unternehmen unmöglich funktionieren. Potenzielle Rechtsstreitigkeiten, hohe Versicherungsprämien und der Verlust des Markenrufs sind immer ein Hindernis für jedes Unternehmen, das den eigenen Profit steigern will.

Ökonomen betonen seit langem das, was manchmal als «Beschlagnahmung» der staatlichen Regulierung bezeichnet wird. Das heisst, die vom Staat regulierte Branche hat sich oft für eine konkrete politische Intervention eingesetzt, oder – wenn dies nicht der Fall ist – sie als eine Gelegenheit gesehen, «Zugangsbarrieren» für potenzielle Neueinsteiger zu errichten, um sich gegen mögliche Konkurrenten abzusichern.

Daher besteht einer der zentralen Gründe, Märkte von staatlicher Kontrolle frei zu halten, gerade darin, den Markteintritt potenzieller Konkurrenten nicht zu versperren. Dies zwingt die derzeitigen profitorientierten Firmen in dieser Branche zu mehr Innovation sowie besseren und günstigeren Produkten. Wer sich nicht flexibel zeigt und sich den ändernden Marktumständen nicht anzupassen vermag, wird Marktanteile an die Konkurrenz verlieren. Es ist der offene Wettbewerb, der eine verbraucher-

orientierte Produktion und Preisgestaltung gewährleistet, und es ist die staatliche Regulierung, die dazu neigt, Regeln und Beschränkungen zu fördern, die bestehende Firmen vor neuen und kreativen Mitbewerbern schützen.

Darüber hinaus sollten die eigennützigen Ziele der staatlichen Behörden nicht vergessen werden. Staatsinterventionen und die entsprechenden Kontrollen rechtfertigen oft einfach nur ihre Macht, ihre Positionen und ihr Einkommen.

Coronavirus als Begründung für den wirtschaftlichen Nationalismus

Die Coronavirus-Krise begann in China. Bald darauf hat die Welt beobachten können, wie die chinesische Regierung drakonische Sperren und Schliessungen in Gebieten des Landes vornahm, in denen sich Dutzende von Millionen von Menschen aufhalten, um die Ausbreitung des Virus zu stoppen oder zu verlangsamen. Die Lieferketten von Rohstoffen, Bauteilen, Fertigungs- und Montageprodukten, die China mit den Volkswirtschaften vieler anderer Länder der Welt verbinden, wurden plötzlich unterbrochen und in Unordnung gebracht.

Unternehmen in Ländern, die noch nicht wesentlich vom Coronavirus betroffen waren, suchten nach möglichen Ersatzlieferungen und warnten vor der Nichtverfügbarkeit verschiedener Waren aufgrund der Produktionsstillstände in China.

Vor diesem Hintergrund werden Stimmen laut, die eine Wende zu mehr wirtschaftlichem Nationalismus fordern, wobei der Staat die Abhängigkeit beispielsweise vom chinesischen Markt begrenzen soll. In anderen Worten: Die Politik soll den Markt durch Steuern, Schutzzölle und Vorschriften manipulieren, um die Produktion wieder innerhalb der Landesgrenzen anzusiedeln. Doch Unterbrechungen und Engpässe in der Versorgungskette könnten und würden leicht rückgängig gemacht werden, sobald die Pandemie beendet ist. Wenn die Staaten den Produktionsbeziehungen zwischen Unternehmen und Ländern erlauben würden, sich wieder in ein Gleichgewicht zu bringen, indem sie diesem Prozess nicht im Weg stehen, würde dies auch geschehen. Dennoch werden die aktuellen Engpässe als Argument für die Einschränkung eines marktbasiereten globalen Netzwerks der Spezialisierung und Arbeitsteilung missbraucht.

Menschen handeln auf Märkten, weil jeder Teilnehmer realisiert, dass er von jemand anderem Waren oder Dienstleistungen erhält, deren eigenständige Herstellung oder Bereitstellung ihn mehr kosten würde – mehr Ressourcen, Arbeitskräfte oder Zeit. Wenn ich etwas, das ich mir wünsche, für, sagen wir, 10 Franken von meinem Nachbarn kaufen kann, während es mich, wenn ich es selbst herstellen wollte, 15 Franken an Ressourcen, Zeit und Arbeit kosten würde, dann bin ich viel besser dran, wenn ich es kaufe und 5 Franken zusätzlich zur Verfügung habe, die ich für andere Dinge ausgeben kann, die ich mir sonst nicht hätte leisten können.

Mein Nachbar wiederum verkauft mir das von ihm hergestellte Produkt für diese 10 Franken, weil er mit den 10 Franken, die er verdient, etwas kaufen kann, das ihn mehr als diese Summe kosten würde, wenn er versuchen würde, das Produkt selbst

herzustellen. Jeder von uns erhält ein Schnäppchen. Jeder von uns bekommt das, was er vom anderen will. Und das zu besseren Bedingungen (niedrigeren Kosten), als wenn wir uns in einem autarkischen Leben versuchen würden.

Gegen die kommunistische Regierung in China kann leicht eine Vielzahl von Kritikpunkten sowohl in der Innen- als auch in der Aussenpolitik vorgebracht werden. Gerade ein Befürworter einer marktwirtschaftlich-liberalen Gesellschaft könnte daraus leicht eine sehr lange Liste machen. Aber das Coronavirus passt eher in die Kategorie einer Naturkatastrophe, wie z.B. ein Erdbeben oder ein Hurrikan. Eine Naturkatastrophe stört und zerstört Leben und Eigentum. Ausserdem reduziert sie die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Potentiale für eine gewisse Zeit.

Auch hier gilt: Wenn keine unangemessenen staatlichen Interventionen im Wege stehen, werden die Menschen, deren Handlungen hinter all der Arbeit, den Ersparnissen und den Investitionen stehen, in der Regel innerhalb einer angemessenen Zeitspanne den notwendigen Wiederaufbau und die Sanierung vornehmen. Danach nimmt das Leben wieder seinen normalen Lauf.

Tragischerweise sind mehrere Tausend Menschenleben zu beklagen, und noch viel mehr könnten verloren gehen, während das Coronavirus sich auf der Welt verbreitet. In der Zwischenzeit sind und werden die Produktionsprozesse verlangsamt oder vorübergehend gestoppt. Aber Fabrikgebäude sind nicht eingestürzt, Ackerland ist nicht von der Erde verschluckt worden, grosse Feuer haben keine Orte zerstört, an denen Menschen leben, und die Städte stehen immer noch.

Auch wenn aktuell viele in der Gesellschaft aufgrund der Unsicherheiten über die Eigenschaften dieses Virus ein hohes Mass an Angst und Aufregung erleben, wird auch diese Ausnahmesituation eines Tages vorüber sein. Die Menschen werden dann wieder arbeiten, in Restaurants essen, in ihren Lieblingsgeschäften einkaufen und ihren nächsten Urlaub im In- und Ausland planen.

Wenn ein Hurrikan oder eine Dürre die Orangenernte in Florida vernichtet, würde man es als töricht erachten, wenn die Bevölkerung und die Regierung von Alaska beschliessen würden, dass es aufgrund der Unsicherheiten des Wetters in Florida klug wäre, jetzt in Gewächshäuser zu investieren, um bei der Versorgung mit Organen «unabhängig» zu werden. Vielmehr suchen die Gross- und Einzelhändler in Alaska nach vorübergehenden Ersatzlieferanten von Orangen, die sich irgendwo anders auf der Welt befinden, und kaufen dann in der nächsten Saison wieder Orangen aus Florida, wenn die Florida-Farmer wieder die bessere Frucht zu einem attraktiveren Preis liefern.

Eine sehr schlechte Lektion aus der Coronavirus-Episode wäre daher, in irgendeiner Weise zu suggerieren, dass die dadurch verursachten Störungen der Lieferketten des internationalen Handels es rechtfertigen, durch eine protektionistische Politik die universellen Vorteile zu beseitigen, die wir alle überall auf dem Planeten aus der Teilnahme am weltweiten System der Arbeitsteilung ziehen. Die Bürger jedes Landes, dessen Politik dies zu tun versucht, würden einen Verlust ihrer Lebensstandards er-

fahren, die nur durch die kooperativen globalen Interdependenzen von marktorientierter Spezialisierung und Handel entstehen und das heutige Niveau erreichen konnten.

Geldflut und Staatsschulden

Die durch das Coronavirus verursachten wirtschaftlichen Störungen bringen wieder einmal alle üblichen makroökonomischen Allheilmittel in Form einer aktivistischen Geld- und Finanzpolitik hervor. Die Politik des «billigen Geldes» soll zusätzliche Investitionen des privaten Sektors und die damit verbundene Kreditaufnahme fördern, um Produktion und Beschäftigung anzukurbeln. Zusätzliche Staatsverschuldung und Staatsausgaben sollen die Nachfrage steigern, um die Gewinne zu erhöhen und so die Produktion und die Arbeitsplätze zu sichern oder zu vermehren.

All dies sind typische keynesianische Rezepte, die darauf abzielen, die Wirtschaft aus einer Rezession herauszuholen, die durch einen Rückgang der «Gesamtnachfrage» verursacht wurde. Die globalen wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus demonstrieren jedoch vielmehr die Logik und Realität des Say'schen Gesetzes, das nach dem französischen Ökonomen Jean-Baptiste Say (1767-1832) benannt ist: Letztendlich gibt es keinen Konsum ohne Produktion, und daher gibt es ohne Angebote auch nichts, was man nachfragen könnte.

Zuerst in China und jetzt in Europa und in den Vereinigten Staaten wurde den Menschen gesagt, sie sollen zu Hause bleiben, um sich von anderen zu distanzieren und so die Verbreitung des Virus einzudämmen. In dem Masse, in dem sich die Fabriken verlangsamen oder stillgelegt werden, weil die Belegschaft angewiesen wird, nicht mehr zur Arbeit zu kommen, nehmen die einzelnen Leistungen dieser Betriebe ab oder werden eingestellt. Dies verringert auf der Makroebene die Gesamtproduktion und damit auch die möglichen Einkommen.

Die Menschen können nicht gleichzeitig ihre Präsenz am Arbeitsplatz und ihre Aktivitäten einschränken, um eine Ausbreitung des Virus zu verhindern, und gleichzeitig ihre einkommensabhängigen Ausgaben für den Output der Wirtschaft aufrechterhalten. Eine Erhöhung der nominalen Ausgaben durch höhere Staatsverschuldung und Staatsausgaben trägt nicht dazu bei, die Aufrechterhaltung der Produktion und der Beschäftigung zu «stimulieren», wenn die Arbeitnehmer gleichzeitig unter Quarantäne gestellt werden, die Fabriken teilweise oder ganz stillgelegt sind und die Güter daher nicht in ihrem üblichen oder veränderten Nachfragemuster angeboten werden können.

Ebenso können Nullzinsen keine echten zusätzlichen Investitionsausgaben erzeugen, wenn das verfügbare Angebot an Arbeitskräften und anderen Produktionsfaktoren aufgrund des Social Distancing vom Markt ferngehalten wird.

Wir sollten auch nicht vergessen, dass die Finanzmärkte aufgrund der ultraexpansiven Geldpolitik der letzten Jahre ohne ein voll funktionierendes Preissystem

operieren mussten. Die Zinssätze würden unter normalen Umständen die intertemporalen Preise für die Aufnahme von Krediten und die Anlage knapper Ressourcen über einen bestimmten Zeitraum hinweg abbilden. Es wäre der Preis, zu welchem die Kreditgeber auf die Verwendung ihrer eigenen Ersparnisse für eine gewisse Zeit zu verzichten bereit sind.

Nullzinsen oder Zinsen nahe bei null würden bedeuten, dass entweder niemand Geld borgen will und daher die Investitionsnachfrage gleich Null ist. Oder aber die Wirtschaft ist so überflutet von Ersparnissen, dass für die intendierten Investitionen mehr als genügend Mittel vorhanden sind. Von keiner dieser beiden Bedingungen kann angenommen werden, dass sie heute zutrifft.

Natürlich wissen wir aufgrund der Zentralbankeninterventionen nicht genau, wie die Marktzinsen unter «normalen» Umständen oder in einer virenbedingten Krisensituation wie der gegenwärtigen aussehen würden. Die Zentralbanken lassen Angebot und Nachfrage ja nicht ihren freien Lauf, wodurch sich auch keinen Marktpreis für Ersparnisse bilden können. Deshalb wissen wir auch nicht, welche realen Ersparnisse in der Wirtschaft tatsächlich vorhanden sein könnten und wie die tatsächlichen markt-basierten profitablen Investitionsnachfragen für die Aufnahme von Krediten zu Zinssätzen aussähen, die durch Zentralbanken nicht manipuliert worden sind.

Unerforschte Gewässer aufgrund der Coronavirus-Krise

Im gegenwärtigen Klima ist es unmöglich, mit voller Zuversicht sagen zu können, was die Politik «X» bewirken muss und wird. Aber in einer Situation rückläufiger Produktion aufgrund von Quarantäne und massiver Zunahme der potentiellen Kaufkraft, die durch Geldmengenausweitung und Defizitfinanzierung auf den Markt kommt, würde dies in «normalen» Zeiten auf hoch inflationäre Probleme hindeuten.

Wenn jedoch politischer Druck zu Preiskontrollen und Rationierungen führt, wäre das Ergebnis das, was der in Genf lebende deutsche Ökonom Wilhelm Röpke (1899-1966) «unterdrückte Inflation» nannte. Es gäbe Ressourcen- und Rohstoffengpässe mit der Folge einer Verknappung einer wachsenden Zahl von Gütern, die letztlich zu staatlich kontrollierten und fixierten Preisen zugeteilt würden. Es käme zu staatlich rationierter Produktion und rationiertem Konsum. Unabhängig davon, wie dieses System dann genannt würde, wäre das Endprodukt ein System der staatlichen Zentralplanung.

Dies ist natürlich nur ein Worst-Case-Szenario. Vielleicht wird die Coronavirus-Krise nicht so schlimm und so schädlich sein, wie viele in der wissenschaftlichen Gemeinschaft befürchten, und es werden bald wirksame Medikamente und Impfstoffe zur Verfügung stehen. Wenn sich dies hoffentlich herausstellt, wäre die ganze Episode lediglich ein weiterer Beweis dafür, dass Märkte selbst unter verkrüppelten und schwierigsten Bedingungen das Kunststück schaffen, Lösungen für dringende Probleme hervorzubringen.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Hochstrasse 38
8044 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
institut@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf
www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2020, Liberales Institut.